

Protokoll

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 18:05 Uhr

Ort: Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus

Vorsitz: Präsident Dr. Eric Schweitzer

Anwesend: Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Katja Steinbrück

Simone Blömer (Protokollführerin)

Tagesordnung:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 13. März 2013

**TOP 2: Vortrag und Diskussion mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin
Klaus Wowereit**

**TOP 3: Anpassung des Finanzstatuts der IHK Berlin an geänderte
Rahmenbedingungen**

TOP 4: Regularien

TOP 5: Aktuelle Themen

TOP 6: Verschiedenes

Herr Dr. Schweitzer weist vor Eintritt in die Tagesordnung darauf hin, dass die Einladung zur Sitzung der Vollversammlung form- und fristgerecht versendet wurde.

Bei Eintritt in die Tagesordnung sind 65 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 13. März 2013

Die Vollversammlung genehmigt die Niederschrift der Sitzung der Vollversammlung vom 13. März 2013 einstimmig.

TOP 2: Vortrag und Diskussion mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit

Herr Dr. Schweitzer freut sich, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, in der Vollversammlung zu begrüßen.

Herr Wowereit gratuliert zunächst Herrn Dr. Schweitzer zu seiner Wahl zum DIHK-Präsidenten und freut sich, dass der Berliner Wirtschaft auf Bundesebene nun noch mehr Gewicht zukommt. In seiner anschließenden Rede gibt er einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der Hauptstadt und die aus seiner Sicht aktuellen politischen Handlungsfelder: Auswirkungen der Zensus-Ergebnisse auf Berlin, Wohnungsbau, Start-Ups, Tourismus und Flughafen.

Während das Bruttoinlandsprodukt in den letzten sieben Jahren im Bundesdurchschnitt um 11 Prozent wuchs, waren es in Berlin 17, 4 Prozent. Auch die Berliner Exportquote hat in den letzten Jahren deutlich zugelegt, lediglich bei der Höhe der Arbeitslosenquote war Berlin im April im Vergleich zu den anderen Bundesländern erstmals wieder Schlusslicht. Dafür stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von rund 1 Million auf über 1,2 Millionen. Dies zeigt, dass in Berlin investiert wird und Arbeitsplätze durch Neugründungen, aber auch durch Erweiterung der bestehenden Kapazitäten geschaffen werden. Ein besonderes Problem stellt die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin dar. Hier sind alle Anstrengungen erforderlich – auch im Hinblick auf ausbildungsunfähige und -unwillige Jugendliche. Er lobt in diesem Zusammenhang die IHK Berlin, die gemeinsam mit Senatorin Dilek Kolat gute Arbeit leistet, um Jugendliche in Ausbildung zu bringen.

Weniger erfreulich seien die am 31. Mai veröffentlichten Zensus-Ergebnisse des

Bundesamtes für Statistik, die für die Einwohnerzahl Berlins eine negative Abweichung von 5,2 Prozent ergaben. Demnach lebten rund 180.000 Einwohner weniger in Berlin als angenommen. Für das Land Berlin bedeuten das Rückzahlungen aus dem Länderfinanzausgleich für die Jahre 2011 und 2012. Einige große Projekte können daher voraussichtlich nicht mehr finanziert werden.

Trotz der zurückgegangenen Anzahl von Einwohnern befindet sich die Stadt seiner Meinung nach im Wachstum. Er plädiert deshalb für mehr Wohnungsbau. Es sei die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Mieten bezahlbar blieben. Zudem lobt er die Initiative des Studentenwerkes, mehr Wohnheimplätze für Studenten zu bauen – hierfür wird das Land Grundstücke zur Verfügung stellen. Ein Wachstumsmotor Berlins ist die Start-Up Szene, die international aufgestellt ist und ebenfalls dazu beiträgt, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Die entsprechende Neuausrichtung eines Geschäftsfeldes der IHK Berlin wird von Herrn Wowereit daher auch sehr begrüßt.

Weitere starke Wirtschaftsfaktoren sind die Sportwirtschaft mit ihren erfolgreichen Vereinen, die Wissenschaft und Forschung, die auch wegen der Charité einen Spitzenplatz in Europa einnimmt sowie der Tourismus mit mehr als 24 Millionen Übernachtungen in Berlin. Dieser – wie auch die gesamte Berliner Wirtschaft – benötigen einen funktionierenden Flughafen Berlin Brandenburg – die Bedeutung des Themas sei ihm bewusst. Ein verlässliches Datum für die Eröffnung des Großprojektes könne allerdings noch niemand nennen.

An der anschließenden Diskussion mit dem Regierenden Bürgermeister zu Berlin beteiligen sich **Frau Kreisch** und die **Herren Dreusicke, Klusmann, Krieger, Mergen, Misgeld Sandig, Dr. Schweitzer** und **Welz**.

Es wird zunächst die Frage erörtert, ob in Berlin auch eine Jugendberufsagentur wie in Hamburg denkbar wäre. Der Regierende Bürgermeister hält dies für eine gute Idee. Auch in Berlin arbeiten Gewerkschaften, Arbeitsagentur, Kammern und Senat zusammen. Die wie in Hamburg vorgesehene persönliche Ansprache von jedem Jugendlichen bis 25 Jahre hält er in Berlin aber nicht für umsetzbar. Dennoch sei es wichtig, sich individualisierter mit den Jugendlichen zu befassen.

Als nächstes wird der Flughafen Berlin Brandenburg thematisiert. Hinterfragt wird, warum der frühere Flughafenchef Rainer Schwarz so spät entlassen wurde und inwieweit der Aufsichtsrat für das Debakel Verantwortung trägt. Herr Wowereit erklärt, man hätte noch die Kompetenz des Flughafenchefs gebraucht – irgendwann war dieser wegen des Drucks der Öffentlichkeit und der Gesellschafter dann aber nicht mehr zu halten. Selbstverständlich steht der Aufsichtsrat in der Verantwortung, dennoch muss er sich auf die Angaben der Geschäftsführung verlassen können. Aus seiner Sicht waren die Ausmaße der

Fehlentwicklungen für den Aufsichtsrat nicht vorherzusehen. Bei der Frage nach der Dresdner Bahn (geplante Bahnstrecke im Süden von Berlin mit Flughafenshuttle und Verbindung nach Dresden, Wien und Prag), zeigt Herr Wowereit Sympathien für eine Tunnellösung für den Ortsteil Lichtenrade, weist aber darauf hin, dass dies eine komplett neue Planung erfordere, die zu Zeitverzögerungen führen würde. Er kann sich vorstellen, dass der Berliner Senat diesbezüglich im Bundesverkehrsministerium vorstellig wird.

Auf die Frage nach den steuerlichen Auswirkungen der Zensus-Ergebnisse, verweist er darauf, dass die Einsparmöglichkeiten derzeit geprüft werden. Denkbar sei auch, auf der Einnahmeseite etwas zu tun, z.B. durch die Anhebung der Grunderwerbssteuer. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer sei dagegen nicht geplant. Die Idee, im Rahmen der beBerlin-Kampagne einen Aufruf an alle Bürger zu starten, sich in Berlin mit dem Erstwohnsitz anzumelden, begrüßt er. Die Vollversammlung weist den Regierenden Bürgermeister auf die missliche Lage hin, dass in der Liegenschaftspolitik derzeit keine Entscheidungen getroffen werden, weshalb Investitionen ausbleiben. Angesprochen auf die Pläne der Bundes-SPD, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, antwortet Herr Wowereit, dass sich hier widerstreitende Interessen gegenüberstehen und deshalb seiner Meinung nach eine Debatte zu führen ist, wie die vielen vom Staat geforderten Leistungen zu finanzieren sind.

Herr Dr. Schweitzer dankt unter Applaus der Vollversammlung Herrn Wowereit für den offenen und konstruktiven Austausch und wertet diesen als Zeichen für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

TOP 3: Anpassung des Finanzstatuts der IHK Berlin an geänderte Rahmenbedingungen

Herr Eder berichtet, dass die Kammern mit der Umstellung von der kameralistischen Buchführung auf die Doppik im Jahr 2006 bundesweit das Finanzstatut eingeführt haben. Das Finanzstatut regelt die Aufstellung und den Vollzug des Wirtschaftsplans sowie die Rechnungslegung und die Abschlussprüfung der IHK Berlin. Die Prüfung der IHK Schwaben durch den Obersten Rechnungshof in Bayern (ORH) hat ergeben, dass die dortige Kammer ihre Aufgaben insgesamt ordnungsgemäß erledigt hat, es aber aufgrund von Regelungslücken Reformbedarf beim Finanzstatut gibt. Dieser beträfe nicht nur die IHK Schwaben, sondern alle Kammern. Dabei nennt der ORH die Themenbereiche Personal, Beschaffungswesen, Zuwendungen, Beteiligungen und Rücklagen. Zur Schließung dieser Regelungslücken hat die IHK-Organisation Lösungsvorschläge erarbeitet und diese im Bund-

Länder-Ausschuss mit den Rechtsaufsichten der jeweiligen Länder abgestimmt. Bereits zum 01. Januar 2014 soll deshalb das Finanzstatut der IHK Berlin angepasst werden – was eine Beschlussfassung in der Septembersitzung der Vollversammlung erforderlich macht.

Für die IHK Berlin bedeutet das den Erlass einer Beschaffungssatzung sowie die geringfügige Anpassung der bereits bestehenden Beschaffungsrichtlinie und den Erlass einer Zuwendungssatzung mit entsprechender Zuwendungsrichtlinie. Bei IHK-Mehrheitsbeteiligungen soll (wie bei der IHK Berlin schon praktiziert) zukünftig die Vollversammlung über Angelegenheiten von wesentlicher Bedeutung beschließen und bei der Gehaltspolitik sollen die Gehaltssummen nach drei Gehaltsgruppen veröffentlicht werden. Ferner gibt es Änderungen im Finanzstatut im Hinblick auf die Nettoposition, bei der Bildung von Rücklagen und beim Ergebnisvortrag. Einzelheiten hierzu können der als Anlage 1 beigefügten Präsentation entnommen werden.

Herr Hübner regt ein Gespräch zur Vertiefung dieses Themas an. **Herr Eder** sagt zu, zu einem Termin, an dem alle Interessierten teilnehmen können, einzuladen.

TOP 4: Regularien

1. TSB und Berlin Partner – Beschluss über die Anteile der IHK Berlin an der neuen Gesellschaft

Herr Dr. Schweitzer erläutert, dass mit der Fusion von Berlin Partner GmbH mit der Innovationsfördergesellschaft Berlins, TSB Innovationsagentur Berlin GmbH, eine effiziente und starke Wirtschaftsfördergesellschaft entsteht. Die TSB wird auf Berlin Partner verschmolzen. Die TSB-Technologiestiftung Berlin erhält einen Anteil von 30 Prozent, die Partner für Berlin Holding 28 Prozent und die IBB einen Anteil von 31,5 Prozent. Die IHK Berlin, die an der Berlin Partner GmbH mit einem Nennkapital von 30.000 Euro beteiligt ist (dies entspricht einem Anteil von 5 Prozent), hält künftig durch die Kapitalerhöhung 3,5 Prozent an der neuen Gesellschaft – wie auch die Handwerkskammer und der UVB.

Herr Eder ergänzt, dass mit dieser Fusion einer langjährigen Forderung der IHK Berlin nach einem Wirtschaftsförderangebot aus einer Hand entsprochen wird. Für ansässige und zukünftige Unternehmen bietet die Fusion eine Reihe von Vorteilen, wie beispielsweise die Verzahnung von Angeboten des Unternehmensservice mit Unterstützungsangeboten zum Technologietransfer und zur Stärkung der Innovationsfähigkeit, die zielgerichtete Identifi-

zierung und Ansprache von potentiellen technologieorientierten Investoren sowie eine effizientere Leistungserstellung.

Der Verschmelzungsausschuss mit Vertretern aller Gesellschafter hat sich darauf verständigt, einen zehnköpfigen Aufsichtsrat mit folgender Sitzverteilung zu installieren:

- IBB: zwei Sitze
- Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt Marketing mbH: zwei Sitze
- TSB Technologiestiftung Berlin (darunter das für Wissenschaft zuständige Senatsmitglied): zwei Sitze
- IHK Berlin, Handwerkskammer Berlin, UVB: jeweils einen Sitz
- Senator/-in für Wirtschaft: ein Sitz

Der Verschmelzungsvertrag soll im August 2013 unterzeichnet werden.

Herr Misgeld befürchtet, dass durch Aufgabenveränderungen die Technologieförderung weniger berücksichtigt wird und möchte wissen, welche Synergieeffekte mit der Fusion der beiden Gesellschaften verbunden sind. **Frau Bähr** versichert, dass das Thema Technologie weiterhin wichtig bleibt, es ist zudem geplant, einen Technologiebeirat zu gründen. Als ein Beispiel für Synergieeffekte nennt sie die Unterstützung bei Ausgründungen aus der TU Berlin. Diese könnten künftig aus einer Hand beraten werden - angefangen bei der Entwicklung einer Geschäftsidee über die Vermittlung von Fachkräften und Räumen bis hin zur Anschubfinanzierung.

Die Vollversammlung beschließt bei zwei Enthaltungen den Übergang des bisherigen Geschäftsanteils der IHK Berlin auf die neue Gesellschaft, wie mit der Beschlussvorlage, die der Vollversammlung als Anlage 1 der Einladung zugegangen ist, vorgeschlagen.

2. Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarife) bei der Registrierung von EMAS-Betrieben

Herr Dr. Schweitzer verweist auf die mit der Einladung versandten Unterlagen und fragt nach Anmerkungen.

Herr Senkel hinterfragt den Gebührenrahmen bei der Ergänzung der Eintragung um einen neuen, bislang noch nicht einbezogenen Standort, der genauso hoch sei wie bei einer

erstmaligen Eintragung in das EMAS-Register. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die niedrigeren Gebühren der Brandenburger Kammern.

Herr Vagt erklärt, dass aus Sicht der IHK Berlin der Aufwand für die Eintragung eines weiteren Standorts vergleichbar ist mit dem Aufwand zur Ersteintragung. Auf Seiten der Registrierungsstelle fallen dieselben inhaltlichen und administrativen Schritte an. Daher kann es auch keine Abweichung bei den Gebührenrahmen für diese beiden Tatbestände geben. Die bisherige Anlage zur Gebührenordnung hat diese Tatsache nicht ausreichend widerspiegelt. Auch bei einer umweltpolitisch gewollten Tätigkeit, wie der Führung des EMAS-Registers, darf nicht vom Kostendeckungsprinzip abgewichen werden.

Herr Dr. Schweitzer schlägt vor, die Änderung dieses Tatbestands kritisch zu begleiten und in einem Jahr Bilanz über den tatsächlichen Arbeitsaufwand bei der Eintragung eines weiteren Standortes zu ziehen.

Die Vollversammlung beschließt bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung die Änderung der Gebührenordnung (Gebührentarife), die der Vollversammlung als Anlage 2 mit der Einladung zugegangen ist.

3. Bürgschaftsbank Berlin Brandenburg: Entscheidung über Quotale Übernahme der IKB-Anteile

Herr Dr. Schweitzer berichtet, dass die Bürgschaftsbank Berlin Brandenburg (BBB) in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen unterstützt, denen die banküblichen Sicherheiten für eine Kreditaufnahme fehlen. Dieses finanzielle Engagement für den Berliner Mittelstand besteht bereits seit 1957 – zunächst unter der Firmierung Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Berlin GmbH und seit der Wiedervereinigung unter BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH. 1991 traten auch die Privatbanken und Vertreter der Versicherungswirtschaft in die BBB ein, von denen nun ein Gesellschafter, die IKB, ihren Geschäftsanteil in Höhe von 30.670 EURO (Nominalwert) plus 100% Agio an der BBB gekündigt hat. Insgesamt hat die IKB somit 61.340,00 EURO in die BBB eingelegt. Nach Verhandlung durch die Geschäftsführung der BBB ist die IKB jetzt bereit, ihren Anteil zum Nominalwert zu veräußern. Da sich im Kreis der Gesellschafter niemand gefunden hat, der den Anteil insgesamt übernimmt, hat sich der Aufsichtsrat dahingehend positioniert, dass der Anteil quotale entsprechend der im Aufsichtsrat vertretenen Gesellschafter aufgeteilt wird. Auf

die IHK entfällt somit ein Anteil von 399 EURO. Alle im Aufsichtsrat vertretenen Gesellschafter haben bereits die positive Zustimmung ihrer Gremien erhalten.

Die Vollversammlung beschließt einstimmig die Erhöhung des Anteils der IHK Berlin an der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, wie mit der Beschlussvorlage, die als Anlage 4 der Einladung zugegangen ist, vorgeschlagen.

TOP 5: Aktuelle Themen

1. Bericht aus dem DIHK

Herr Dr. Schweitzer berichtet von seinen ersten Erfahrungen als DIHK-Präsident. Während die IHK Berlin die regionalen Wirtschaftsthemen vorantreibt, wirkt der DIHK auf die Meinungsbildung auf bundespolitischer und europäischer Ebene ein. Insbesondere im internationalen Vergleich kann die deutsche Wirtschaft auf zwei Besonderheiten zurückgreifen, die ihr Stärke verleihen. Zum einen ist das das Netz der weltweiten Außenhandelskammern an rund 120 Standorten in 80 Ländern - ein sehr wichtiger Erfolgsfaktor bei der Internationalisierung der deutschen Wirtschaft. Zum anderen ist der deutsche Mittelstand, der sich auf die klassischen Familienunternehmer stützt, international einmalig. Die wichtigsten inhaltlichen Aufgaben dabei sieht er bei den Themen Fachkräfte, Energiewende und Abgabenbelastung.

2. Bericht aus den IHK Gremien

a. Präsidium

Herr Eder berichtet kurz aus der Sitzung: das Thema Green Economy soll weiter vorangetrieben werden. Um die aktuelle Clusterstrategie konsequent weiterzuentwickeln und gezielt für die umwelt- und energietechnologischen Leitmärkte der Zukunft aufzustellen, empfiehlt die IHK Berlin die Schaffung eines Clusters „Green Economy“. Um diesen Prozess parteiübergreifend wieder in Gang zu bringen hat die IHK Berlin eine gemeinsame Unternehmenstour zu Berliner Unternehmen in diesem Cluster am 14. Juni mit den Vorsitzenden der im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen organisiert.

Des Weiteren berichtet Herr Eder von einem Wechsel in der Geschäftsführung des Bereiches Unternehmensgründung, -führung, -nachfolge. Die bisherige Geschäftsführerin, Sabine Gehrig, hat auf eigenen Wunsch die Position aufgegeben und wird künftig wieder

ihren alten Bereich Sach- und Fachkundeprüfungen übernehmen. Frau Gehrig hat in ihren sechs Jahren als Geschäftsführerin das Geschäftsfeld mit sehr großer Einsatzbereitschaft sowie fachlichem und menschlichem Engagement geführt. Dafür dankt ihr die IHK Berlin sehr. Das Geschäftsfeld soll nun inhaltlich neu zugeschnitten werden, um auch dem Schwerpunkt Start-Up's besser gerecht werden zu können. Diese Aufgabe wird ab Mitte August Jan Pörksen, bisheriger Bereichsleiter Service Center und Mitgliederkommunikation, übernehmen.

Zudem wurden im Präsidium zwei große bildungspolitische Themen, die derzeit auf der Agenda des Senats stehen, besprochen: die Reform der Berliner Berufsschulen und die Neuverhandlung der Hochschulverträge, zu denen sich die IHK Berlin jeweils positioniert hat. In einem weiteren Vortrag hat der CIO der IHK Berlin, Stephan Wolter, das Projektmanagement der Berliner Kammer vorgestellt. Derzeit arbeitet die IHK Berlin im Zeitraum von 2012 bis 2014 an ca. 50 Projekten.

b. Kammermodernisierung

Herr Eder berichtet von der Arbeitsgruppe Kammermodernisierung, die auf Vorschlag von Herrn Scharfenberg gebildet wurde und bereits zweimal getagt hat. Die Teilnehmer waren bisher: Egon Dobat, Christoph Hübner, Dennis Mitterneder, Emilio Paolini, Tim Renner, Lisa Vanovitch und Harriert Wollenberg. Weitere Teilnehmer sind herzlich eingeladen mitzuarbeiten.

In der ersten Sitzung ging es in erster Linie um die Sammlung von Themen. Bei der zweiten Sitzung um Fragen der Meinungsbildung und Kommunikation untereinander. Die Arbeitsgruppe hat sich darauf verständigt, die Meinungsbekundung durch Umfragen über das Internet zu stärken. An der technischen Bereitstellung wird derzeit gearbeitet. Des Weiteren wurde vorgeschlagen, auch die Protokolle der Ausschüsse im Internet zu veröffentlichen – hierzu wird gerade ein Meinungsbild der Ausschüsse eingeholt. Zur Kommunikation und Austausch untereinander steht den Vollversammlungsmitgliedern ein E-Mail-Verteiler zur Verfügung, in den sich die überwiegende Zahl der Vollversammlungsmitglieder eingetragen hat.

Herr Irrgang informiert darüber, dass das Verwaltungsgericht Berlin die IHK Berlin in zwei Verfahren verpflichtet hat, über die einzelnen Stimmenergebnisse in den Wahlgruppen 7 (Einzelhandel und Apotheken) bzw. 14 (Medien-, Kultur- und Kreativwirtschaft) nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) Auskunft zu erteilen. Die IHK Berlin hatte das aufgrund der

eindeutigen Beschlusslage in der Vollversammlung gegen die Veröffentlichung detaillierter Wahlergebnisse abgelehnt. Zudem hatten die meisten betroffenen Kandidatinnen und Kandidaten dieser Wahlgruppen einer Weitergabe ihrer Daten nicht zugestimmt. Rechtlich war deshalb eine Abwägung zwischen den Interessen der Betroffenen und dem Informationsinteresse des Antragstellers vorzunehmen. Diese Abwägung fiel nach Überzeugung des Justiziariats zu Gunsten der Kandidatinnen und Kandidaten, nach Auffassung des Gerichtes zu Gunsten der Anfragenden aus.

Die IHK Berlin wird nun die Urteile genau prüfen. Sollten Berufungen nicht erfolgversprechend erscheinen und die Urteile bestandskräftig werden, wird die IHK den beiden Klägern die gewünschten Auskünfte erteilen. Sie können die Daten danach beliebig verwenden, also auch selbst veröffentlichen. Herr Irrgang betont, dass die Pflicht zur aktiven Veröffentlichung durch die IHK Berlin nicht Gegenstand des Verfahrens war. Allerdings könnte im Nachgang jedermann Auskünfte über die Daten in allen Wahlgruppen verlangen und die Ergebnisse dann selbst veröffentlichen.

3. Weitere Themen

Herr Dr. Schweitzer schlägt vor, angesichts der fortgeschrittenen Zeit, die angekündigten Berichtspunkte:

- Steuerpolitische Positionen der Wirtschaft in Berlin Brandenburg zur Bundestagswahl (Positionspapier - Anlage 2),
- Aktuelle Flughafentwicklung,
- Berufsbildung,
- Berliner Hochschulverträge 2014-2017,
- City Tax und Aktion „Frauen an die Spitze“.

dem Protokoll (als Anlage 3) beizufügen.

Die Vollversammlung ist mit dem Vorgehen einverstanden.

TOP 7 Verschiedenes

Herr Dr. Schweitzer informiert über das Angebot des Handwerkskammerpräsidenten Stephan Schwarz, im nächsten Jahr ein gemeinsames Sommertreffen beider Vollversammlungen von IHK und Handwerkskammer durchzuführen, in dem die IHK-

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung am 05. Juni 2013

Vollversammlung zum Sommerfest des Handwerks am Dämeritzsee eingeladen wird.

Die Vollversammlung ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Herr Dr. Schweitzer schließt die Sitzung um 18.05 Uhr.

Berlin, den 19. Juni 2013



Dr. Eric Schweitzer
Präsident



Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- Anlage 1: Präsentation Anpassung Finanzstatut
- Anlage 2: Positionspapier „Steuern klug steuern“
- Anlage 3: Berichte zu TOP 5.3